

Europapopulismus – ein genuines Phänomen im europäischen Krisenkontext?

*Julia Klein**

Europas Multikrisen zählen bereits zum europäischen Alltag. Sie haben die politische und öffentliche Agenda der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in großen Wellen bestimmt: so beispielsweise die multikausale ‚Eurokrise‘ seit 2010, die im Laufe des Jahres 2015 von der europäischen Migrationskrise und Bildern von nicht abnehmenden ‚Flüchtlingsströmen‘ in den Schatten gestellt wurde. Solidarität und Gemeinschaftssinn unter den Mitgliedstaaten scheinen in Krisenzeiten wenig ausgeprägt, bereits in der europäischen Gemeinschaft schlummernde Fliehkräfte durch die Krisen hingegen potenziert. Auch das Versprechen eines EU-Referendums des damaligen britischen Premierministers David Cameron im Januar 2013 und die anschließenden Neuverhandlungen der britischen Mitgliedschaftskonditionen befeuerten bestehende Debatten in Großbritannien und anderen EU-Staaten, in denen wesentliche Kernprinzipien, wie die Freizügigkeit, infrage gestellt wurden und die Ausdruck schwindender Akzeptanz und abnehmenden Vertrauens in das Gestaltungs- und Ordnungssystem der Europäischen Union sind. Am 23. Juni 2016 endete in Großbritannien die Auseinandersetzung mit der europäischen Frage mit einer knappen Entscheidung der BritInnen für den sogenannten Brexit (51,9 Prozent¹), den Austritt des Landes aus der Europäischen Union.

Eine Zunahme populistischer Parteien und sozialer Bewegungen, die entweder dem europäischen Integrationsprozess und der Europäischen Union im Gesamten feindlich oder spezifisch EU-skeptisch gesinnt sind, ist in Europa aber nicht erst seit dem britischen Referendum zu beobachten. Bereits bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2014 machten neben der britischen UK Independence Party (UKIP) auch andere europapopulistische Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD), der französische Front National (FN) oder die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) durch größere Wahlerfolge auf sich aufmerksam. Etwa jedes achte der insgesamt 751 Mitglieder des Europäischen Parlaments ist im Lager der EU-Gegner zu verorten.² Dieser Trend ist auch auf mitgliedstaatlicher Ebene zu beobachten, obwohl europapopulistische Parteien teilweise mit hohen elektoralen Hürden konfrontiert sind. So wurde die britische UKIP bei den Unterhauswahlen 2015 zwar drittstärkste Kraft, durch das relative Mehrheitswahlssystem konnte sie jedoch nur einen Wahlkreis für sich gewinnen.³ In manchen EU-Staaten sind PopulistInnen aber bereits fest in den jeweiligen Parteiensystemen etabliert. So erhielt die Dänische

* Julia Klein, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Koordinatorin des Projekts „TruLies – The Truth about Lies on Europe“ (www.trulies-europe.de) am Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin.

Die Autorin dankt Jeldrik Grups und Leonard Schütte für die vielfältige Zuarbeit.

- 1 BBC News: EU Referendum. Results, abrufbar unter: http://www.bbc.com/news/politics/eu_referendum/results (letzter Zugriff: 10.8.2016).
- 2 Hiervon sind 46 Abgeordnete Mitglieder der europaskeptischen Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD), 39 Abgeordnete gehören der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) an und 16 sind fraktionslos. Vgl. Europäisches Parlament: Abgeordnete, abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/crosstable.html> (letzter Zugriff: 10.8.2016).
- 3 BBC News: Election 2015. Results, abrufbar unter: <http://www.bbc.com/news/election/2015/results> (letzter Zugriff: 16.8.2016).

Volkspartei bei der Parlamentswahl im Juni 2015 über 21 Prozent der Stimmen und sorgte für eine Niederlage der zuvor regierenden sozialdemokratischen Partei. In Ungarn regiert der Ungarische Bürgerbund (Fidesz) mit absoluter Mehrheit und blockiert nicht nur vertiefende Integrationschritte, sondern gerade in der Flüchtlings- und Asylpolitik auch europäische Lösungen. Im Oktober 2016 fand sogar ein nationales Referendum zur EU-Flüchtlingspolitik statt, dessen Ergebnis zwar ungültig ist, da das notwendige Quorum von mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten nicht erreicht wurde. Jedoch nahm Ministerpräsident Victor Orbán das Ergebnis – eine Mehrheit der gültigen Stimmen hat gegen die Verteilung von Flüchtlingen in der Europäischen Union gestimmt – als Bestätigung seines Anti-EU-Kurses wahr.⁴ Stärkste Kraft bei den Wahlen zum polnischen Sejm im Oktober 2015 wurde die rechtspopulistische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Als eine ihrer ersten Handlungen als neu gewählte Ministerpräsidentin verbannte Beata Szydło symbolträchtig alle EU-Flaggen aus dem Pressesaal ihres Amtssitzes.⁵ Bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl im April 2016 erhielt der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer die meisten Stimmen und verfehlte im Mai 2016 in der aufgrund von Unregelmäßigkeiten zu wiederholenden Stichwahl nur knapp den Wahlsieg gegen den unabhängigen Kandidaten Alexander Van der Bellen. In Finnland und Lettland sind die europapopulistischen Parteien Die Finnen (PS) und Nationale Vereinigung „Alles für Lettland!“ (VL!) Teil der jeweiligen Regierungskoalition. Sogar in Deutschland, das jahrzehntelang als besonders europaphiler „Musterknabe“⁶ galt, legte die AfD gerade durch ihre Ablehnung der Flüchtlingspolitik der Europäischen Union und der Bundesregierung bei Landtagswahlen im Jahre 2016 und auch in bundesweiten Umfragen in der Wählergunst zu.⁷ Aber nicht nur RechtspopulistInnen fordern die etablierten (Regierungs-)Parteien in nationalen und europäischen Wahlen heraus. In den von der Eurokrise besonders betroffenen südeuropäischen Mitgliedstaaten erzielten linkspopulistische Parteien wie Syriza in Griechenland oder die spanische Podemos aufsehenerregende Wahlerfolge.

Dies verdeutlicht, wie Europas Multikrisen als Katalysatoren einer tiefgreifenden Vertrauenskrise auf Seiten der europäischen Bevölkerungen wirken. Diese Entwicklung spiegelt sich zum einen im Aufwind europapopulistischer Parteien und Gruppierungen, zum anderen auch in diversen Bevölkerungsumfragen zur Europäischen Union wider. Laut der im Vorfeld des britischen EU-Referendums veröffentlichten Umfrageergebnisse des Pew Research Center sanken die Zustimmungswerte für die Europäische Union vor allem in den ‚alten‘ Mitgliedstaaten.⁸ Die Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission dokumentieren seit Beginn der weltweiten Finanzkrise 2007 eine ähnliche Entwicklung.⁹ Sowohl die Finanz- und Währungskrise sowie die Flüchtlingsproblematik¹⁰ als auch das allgemeine EU-Krisenmanagement sind wesentliche Treiber der Unzufriedenheit mit der

4 Tagesschau.de: Ja oder Nein zur EU-Flüchtlingspolitik?, 5.7.2016; Zeit Online: Referendum über Flüchtlingspolitik ungültig, 2.10.2016.

5 Ulrich Krökel: Polens Umwälzung hat begonnen, in: Zeit Online, 27.11.2015.

6 Oskar Niedermayer: Maastricht und die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu Europa, in: Gert-Joachim Glaebner/Klaus Suhl (Hrsg.): Auf dem Weg nach Europa. Europäische Perspektiven nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994, S. 57-73, hier S. 66.

7 Vgl. Wilko Zicht/Matthias Cantow: Sonntagsfrage Bundestagswahl, abrufbar unter: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/> (letzter Zugriff: 10.8.2016).

8 Vgl. Bruce Stokes: Euroscepticism Beyond Brexit. Significant opposition in key European countries to an ever closer EU, Pew Research Center, 7.6.2016.

9 Vgl. Europäische Kommission: Public Opinion, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm (letzter Zugriff: 10.8.2016).

10 EurActiv.de: Internationale Umfrage: Antieuropäische Stimmung in EU wächst, 8.6.2016.

Europäischen Union, aber auch mit den Repräsentanten der nationalen Regierungen. Gerade diese Ressentiments greifen europapopulistische Akteure auf und instrumentalisieren sie für ihre eigenen politischen Zwecke. Doch der EU-weite Brexit-Schock vergegenwärtigt, welche Folgen von EuropapopulistInnen angeheizte antieuropäische Stimmungen haben können.

Der vorliegende Beitrag analysiert EU-weite Tendenzen eines im Kontext der oben angerissenen europäischen Multikrisen genuin erscheinenden Europapopulismus. Schließlich bieten sich gerade Europas Krisen als Inhalte populistischer Instrumentalisierung an, was nicht zuletzt auch zu einer zunehmend politisierten Wahrnehmung des Krisenzustands der Europäischen Union und zur inflationären Verwendung des Begriffs ‚Krise‘ beigetragen hat.¹¹ Vor allem das Beispiel des Brexit macht die Relevanz der Auseinandersetzung mit europapopulistischen Akteuren und ihren Aussagen deutlich. Daher werden zu Beginn dieses Beitrags der Europapopulismus während der britischen Referendumskampagnen sowie seine auch für die Europäische Union beispielhaften Erfolgsfaktoren näher beleuchtet. Daraufhin wird konzeptionell wie auch empirisch der Frage nachgegangen, ob ein genuiner Europapopulismus in den europäischen Parteiensystemen zu beobachten ist.

Der Sieg der Brexit-PopulistInnen

Mit dem negativen Ausgang des britischen EU-Referendums wurde ein Präzedenzfall in der europäischen Integrationsgeschichte geschaffen, der ganz Europa und selbst Brexit-BefürworterInnen kurzzeitig in Schockstarre versetzte.¹² Manchen wurden die politischen und sozioökonomischen Auswirkungen dieses Votums sogar erst nach der Verkündung des Ergebnisses bewusst,¹³ und das trotz im Vorfeld kursierender Prognosen von Politik- und WirtschaftsexpertInnen für die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und vor allem für Großbritannien sowie der scharfen Warnungen des Remain-Lagers vor den Folgen eines EU-Austritts. Doch weder für die durch einen EU-Austritt entstehenden Unsicherheiten noch für rationale Argumentationen ließ die unsachlich gegen die Europäische Union geführte Kampagne der AusstiegsbefürworterInnen Raum. Stattdessen beherrschte ein Sammelsurium von plakativen Falschbehauptungen, Vorurteilen, Übertreibungen und falschen Versprechungen die öffentliche Diskussion über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union. Dafür beispielhaft entlarvend und noch dazu öffentlichkeitswirksam auf dem Wahlkampfbus des ehemaligen Londoner Bürgermeisters Boris Johnson, einem der prominentesten konservativen Pro-Brexit-Aktivisten, platziert ist eine der Kernaussagen der Kampagne: Großbritannien „schicke“ wöchentlich 350 Millionen Pfund an die Europäische Union.¹⁴ Jedoch sind sowohl die Summe als auch die Formulierung „send to the EU“ eindeutig falsch. Weder „schickt“ Großbritannien jede Woche seinen Beitrag an den EU-Haushalt noch wurden in den Berechnungen der sogenannte Briten-Rabatt und die

11 Klaus von Beyme: Populismus und Rechtsextremismus in postmodernen Parteiensystemen, in: David Gehne/Tim Spier (Hrsg.): *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie?*, Wiesbaden 2010, S. 177-189, hier S. 179.

12 Ulrich Storck: „Man fühlt die allseitige Schockstarre“. Großbritannien nach dem Referendum. Eine Lageeinschätzung von Ulrich Storck, in: *IPG-Journal.de*, 27.6.2016.

13 Brian Fung: The British are frantically Googling what the E.U. is, hours after voting to leave it, in: *The Washington Post*, 24.6.2016; Ryan O’Hare: Google search spike suggests many people don’t know why they voted for Brexit, in: *Daily Mail Online*, 24.6.2016.

14 Ben Glaze/Dan Bloom: Boris Johnson’s Brexit campaign prints discredited claim in 2ft high letters on the side of massive bus, in: *Mirror*, 11.5.2016.

Rückzahlungen der Europäischen Union in den öffentlichen und privaten Sektor Großbritanniens berücksichtigt.¹⁵ Im Gegenzug forderte das Leave-Lager, Einsparungen durch den britischen EU-Beitrag in die staatliche Gesundheitsversorgung des Landes zu investieren¹⁶ – ein Versprechen, von dem sich VertreterInnen des Leave-Lagers sowie der ehemalige konservative Minister für Arbeit und Pensionen, Iain Duncan Smith, bald nach dem Referendum distanzieren. Auch Nigel Farage, Begründer und damaliger Parteichef der rechts-populistischen und europafeindlichen UKIP, bezeichnete das wichtigste Versprechen bereits wenige Stunden nach dem Votum als einen „Fehler, den die Brexit-Kampagne [nicht jedoch er persönlich] gemacht“ habe.¹⁷

Die Wahlkampf slogans „Take Back Control from Brussels“ und „We Want Our Country Back!“ sind Ausdruck des generell ambivalenten Verhältnisses Großbritanniens zur Europäischen Union, das von britischen Spitzenpolitikern und der chronisch europaskeptischen Medienlandschaft jahrzehntlang gepflegt wurde. Schließlich wurde die Strategie, die Europäische Union als Sündenbock für unpopuläre politische Maßnahmen und eigene Misserfolge zu instrumentalisieren, bereits in vielen Mitgliedstaaten beobachtet. Die beiden Slogans spiegeln aber vor allem Befürchtungen wider, in denen die Europäische Union als Gefahr für die parlamentarische Demokratie nach dem Westminster-Modell Großbritanniens und damit für die als besonders schützenswert erachtete britische Souveränität und Identität dargestellt wird. Wegen der hohen Bedeutung der Parlamentssoveränität für das Selbstverständnis der britischen Gesellschaft und Politik – anders als in anderen EU-Staaten fungiert das Parlament und nicht das Volk als alleiniger Souverän – traf die europäische Integration im Sinne einer Übertragung parlamentarischer Kompetenzen auf eine supranationale Institution immer wieder auf Skepsis oder Ablehnung. Gleichzeitig ruft der rückwärtsgewandte Charakter der Slogans („back“) eine nostalgische Erinnerung an ein britisches „heartland“¹⁸ hervor: ein angeblich besseres Großbritannien, wie es vor seiner EU-Mitgliedschaft einmal bestanden habe, welches seine eigenen Gesetze verabschieden, seine Grenzen selbst kontrollieren sowie über Einwanderung und Handelsbeziehungen selbst bestimmen konnte.¹⁹ Doch die Verheißungen von mehr Demokratie, Autonomie, neuen Chancen und Arbeitsplätzen verkennen das tatsächliche Beziehungs- und Kompetenzgeflecht zwischen mitgliedstaatlicher beziehungsweise spezifisch britischer und europäischer Ebene sowie die Konsequenzen eines EU-Austritts für das Land. Dem Brexit-Lager wurde von Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nicht nur aufgrund seiner Uneinigkeit über einen geordneten Rückzug aus der Europäischen Union und das zukünftige Verhältnis des Landes zur Union – sei es das Kanada- oder Norwegen-Modell – Planlosigkeit und PolitikerInnen wie Johnson oder Farage sogar Verantwortungslosigkeit vorgeworfen.²⁰ Gerade die Einschränkungen oder Rücknahmen von Kernargumenten sowie die Weigerungen Johnsons und Farages kurz nach dem Referendum, als Regierungsbeziehungsweise Parteichef Verantwortung zu übernehmen, sind dafür bezeichnend.

Vor allem die Schlüsselthemen der Referendumskampagnen, Einwanderung und Islam, haben zur Emotionalisierung der europäischen Frage beigetragen, dabei erinnerte der Dis-

15 Jon Henley: Why Vote Leave's £350m weekly EU cost claim is wrong, in: *The Guardian*, 10.6.2016.

16 Vote Leave: What would happen..., in: voteleavetakecontrol.org, 2016.

17 Nigel Farage, zitiert in: Michael König: Farage kassiert wichtigstes Versprechen der Brexit-Bewegung ein, in: *Süddeutsche Zeitung*, 24.6.2016.

18 Paul Taggart: "The Populist Politics of Euroscepticism". Paper prepared for presentation at the 5th Biennial Conference of the European Community Studies Association, Seattle, 29 May – 1 June, 1997, S. 16-17.

19 Vote Leave: What would happen..., 2016.

20 Nick Cohen: There are liars and then there's Boris Johnson and Michael Gove, in: *The Guardian*, 25.6.2016.

kurs sehr an die Rhetorik und Strategie der rechtspopulistischen UKIP. Warnungen vor einer identitär-kulturellen Überfremdung durch unkontrollierte Masseneinwanderung aus der Europäischen Union und aus Drittstaaten, mit welcher vor allem durch den angeblich sicher bevorstehenden EU-Beitritt der Türkei mit ihren circa 77 Millionen Muslimen ein ‚Import‘ von Verbrechen und Terrorismus einhergehe,²¹ zielten vornehmlich auf eine Emotion in der britischen Bevölkerung: Angst. Diffuse Ängste vor Migration und die Furcht vor dem Islam gerade in einkommensschwachen Teilen der britischen Gesellschaft mit niedrigerem Bildungsstand, bei der älteren Generation und in den ländlichen oder postindustriellen Regionen des Landes waren für die individuellen Wahlentscheidungen bei Weitem ausschlaggebender²² als Wissen, Expertise und die Widerlegung von offensichtlichen Falschbehauptungen. Alarmierend ist in diesem Zusammenhang auch der sprunghafte Anstieg fremdenfeindlicher und rassistisch motivierter Übergriffe nach dem Referendum in Großbritannien: In der Woche danach wurde laut Angaben der Polizei ein 57-prozentiger Anstieg solcher Taten verzeichnet.²³

Die ebenfalls negativ geführte und auf ‚Angstmacherei‘ setzende Britain-Stronger-In-Europe-Kampagne beschwor zwar das Bild einer wirtschaftlichen Katastrophe für Großbritannien herauf, positive Anreize für den Verbleib in der Europäischen Union und überzeugende Argumente zu Migrationsthemen blieben jedoch aus. Eine rein wirtschaftliche Argumentationskette und die Verteidigung des Status quo der europäischen Integration als notwendiges Übel konnten viele BritInnen, die sich schon lange von der Globalisierung abgehängt fühlten nicht überzeugen. So stimmten auch 30 Prozent der Wählerschaft der mehrheitlich proeuropäischen Labour Party für einen Brexit. Vor allem die Entscheidung der sogenannten ‚working class‘ war nicht zuletzt ausschlaggebend für das negative Votum in England.²⁴ Schließlich sind die Uneinigkeit der Labour Party, ihr verspätetes Engagement im Wahlkampf und ein in seiner europapolitischen Einstellung ambivalenter, wenig überzeugender Parteivorsitzender, Jeremy Corbyn,²⁵ neben einem noch weniger überzeugenden und gegen die Mehrheit seiner Partei agierenden Premierminister Cameron weitere zentrale Gründe, die dem Remain-Lager für sein Scheitern angelastet werden. Das Referendum bot ein nützliches Ventil für den generellen Frust gegenüber den etablierten großen Parteien.²⁶ In der Konsequenz des Referendumsergebnisses sahen sich Cameron und Corbyn wie auch andere Politiker zum Rücktritt gezwungen. „Das britische Volk hat es jetzt satt, von ‚Experten‘ zu hören“, brachte Brexit-Befürworter Michael Gove die Haltung vieler BritInnen gegenüber den ‚Brüsseler Technokraten‘, dem Remain-Lager und dessen als ‚alternativlos‘ dargestellten (Europa-)Politik auf den Punkt.²⁷

Das Abstimmungsergebnis offenbart eine tiefe gesellschaftliche Spaltung Großbritanniens entlang klassischer Konfliktstrukturen der politikwissenschaftlichen Parteien- und

21 Vote Leave: What would happen..., 2016.

22 Vgl. auch im Folgenden Birgit Bujard: Vereinigtes Königreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2016, Berlin 2016, S. 591-600.

23 Peter Yeung: EU referendum: Reports of hate crime increase 57% following Brexit vote, in: Independent, 27.6.2016.

24 Bujard: Vereinigtes Königreich, 2016; Claudia Chwalisz: The rise of Ukip: A signal that politics and democracy need to change, abrufbar unter: <http://trulies-europe.de/?p=183> (letzter Zugriff: 19.8.2016).

25 Bujard: Vereinigtes Königreich, 2016; Ernst Hillebrand: Realitätsverlust in Remania. Warum die Kampagne der EU-Befürworter scheitern musste, in: IPG-Journal.de, 25.7.2016.

26 Vgl. Bujard: Vereinigtes Königreich, 2016.

27 Sven Altenburger/Nane Retzlaff: „Nur ich vertrete das ‚wahre Volk‘ – meint der Populist“. Interview mit Professor Jan-Werner Müller, 9.5.2016, abrufbar unter: <http://www.progressives-zentrum.org/nur-ich-vertrete-das-s-wahre-volk-meint-der-populist/> (letzter Zugriff: 10.8.2016).

Wahlforschung.²⁸ Diese verlaufen zwischen Alt und Jung, Land und Stadt, Berufstätigen mit hohem Bildungsstand und sozial Schwächeren wie Arbeitslosen mit niedrigem Bildungsstand, VertreterInnen postmaterieller Werte sowie politischen Einstellungen entlang eines Links-rechts-Schemas. Solche Orientierungen können zwar noch zur Erklärung der britischen Entscheidung für den EU-Austritt und von europapolitischen Einstellungen in anderen EU-Staaten herangezogen werden, dennoch kristallisiert sich zunehmend ein „bereichsübergreifende[r] Zentrum-Peripherie-Konflikt neuer Art“ heraus, der teilweise orthogonal zu diesen Konfliktlinien verläuft²⁹ und eine zentrale ideologische Gemeinsamkeit von Europaskeptizismus und Populismus darstellt.

Europapopulismus – Konzepte und Empirie

Europaskeptizismus und Populismus stellen in öffentlichen, wissenschaftlichen und politischen Debatten geradezu populäre Entwicklungen in europäischen Parteiensystemen dar. Beide treten zwar auch als singuläre Erscheinungen auf, doch in der öffentlichen Wahrnehmung wird Europaskeptizismus selten getrennt vom Rechtspopulismus betrachtet. Europaskeptizismus geht häufig einher mit dem Vorwurf von Populismus. Vor allem die tendenzielle Nähe rechtspopulistischer und -extremer Parteien zu europaskeptischen bis -feindlichen Einstellungen³⁰ hat Europaskeptizismus als Phänomen und Begriff negativ konnotiert. Kritik an und Skepsis gegenüber der Europäischen Union und dem Integrationskurs müssen aber nicht per se destruktiv sein,³¹ also integrationshemmend oder desintegrativ wirken. Eben der pauschale Vorwurf des Populismus und gleichzeitig die ‚Dämonisierung‘ von Europaskepsis, mahnen Wissenschaft und Zivilgesellschaft, implizieren meist auch eine Abwertung der Anhänger populistischer Parteien und die Marginalisierung ihrer Sorgen und Ängste. Dies führt eher zu einer stärkeren Hinwendung sich ohnehin schon von der Politik missverstanden fühlender und für Populismus empfänglicher Bevölkerungsguppen zu populistischen Parteien und Bewegungen. Zudem würde es Europa-Gegnern in die Hände spielen, wenn Kritik an Defiziten und Konstruktionsfehlern der Europäischen Union wie auch an mitgliedstaatlicher Europapolitik pauschal abgewertet und tabuisiert wird, wie es in Deutschland vor allem im Falle der Eurorettungspolitik gängige Praxis war. Europaskeptizismus im Sinne sachlicher, progressiver und reformistischer Kritik bis Skepsis muss trotz unscharfer Trennlinien von populistischem Europaskeptizismus unterschieden werden, der wie im Falle der Brexit-Kampagne mehr auf der strategischen Emotionalisierung von Politik durch Vorspiegelung falscher Tatsachen, Halbwahrheiten und Vorurteilen beruht und europapolitische Einstellungen zum Zwecke des politischen Machterwerbs instrumentalisiert.

Durch den Wortbestandteil Populismus ist auch der Begriff ‚Europapopulismus‘ negativ konnotiert. Von einer positiven Wortbedeutung ist daher eher abzusehen. ‚Europapopulis-

28 Rüdiger Schmitt-Beck: Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York/London 1967, Auszug abgedruckt in: Steffen Kailitz (Hrsg.): *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2007, S. 251-255.

29 Oskar Niedermayer: *Europäische Integration und nationaler Parteienwettbewerb: theoretische Überlegungen und empirische Befunde am Beispiel der Eurokrise*, in: *Journal for Comparative Government and European Policy* 3/2013, S. 413-434, hier S. 417.

30 Aleks Szczerbiak/Paul Taggart: *Theorising Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality*, Sussex European Institute: SEI Working Paper 69/2003.

31 Vgl. auch im Folgenden Timm Beichelt: *EU-Skepsis als Aneignung europäischer Politik*, in: *Berliner Debatte Initial* 2/2010, S. 3-16.

mus‘ fällt, ähnlich wie Populismus, als Kampfbegriff in politischen und medialen Debatten; in den wissenschaftlichen Diskurs hat er hingegen kaum oder nur allmählich Eingang gefunden.³² Unter Europapopulismus sind daher zum einen populistisch instrumentalisierte, europaskeptische Einstellungen zu verstehen, zum anderen können sich aber auch Europaskeptiker des Populismus als Strategie und Politikstil bedienen. Damit besteht ein Beziehungszusammenhang zwischen Europaskeptizismus und Populismus, der über die negative terminologische Konnotation hinausgeht. Hierzu sollen im Folgenden beide Catch-all-Begriffe, denen jeweils eine Vielfalt von Definitionen und Konzepten zugrunde liegt, kurz näher bestimmt werden, um anschließend Gemeinsamkeiten beider Phänomene darzustellen und zu analysieren.

Europaskeptizismus

Ein Großteil der Konzepte und Typologien zum Europaskeptizismus³³ geht auf die dichotome ‚hard/soft‘-Unterscheidung europaskeptischer Parteipositionen von Aleks Szczerbiak und Paul Taggart zurück,³⁴ viele setzen sich aber auch kritisch mit dieser auseinander.³⁵ Erweitert um die Einstellungsdimension werden sowohl diffuse als auch spezifische Einstellungen zur europäischen Integration beziehungsweise zur Europäischen Union unterschieden. Diffuser Europaskeptizismus meint eine grundsätzliche Ablehnung der Idee europäischer Integration und der Souveränitätsübertragung auf supranationale Institutionen als Gegensatz zu deren prinzipieller Befürwortung (europaphob versus europaphil). Spezifische Orientierungen beziehen sich hingegen auf die Befürwortung oder Ablehnung der Europäischen Union als spezifischer Form der Ausgestaltung und den Kurs dieses Prozesses (EU-Optimisten versus EU-Pessimisten).³⁶ Harter Europaskeptizismus (europaphob und EU-pessimistisch) bezeichnet demnach eine diffuse und grundsätzliche Integrationsfeindlichkeit inklusive der Ablehnung der EU-Mitgliedschaft eines Landes. Demgegenüber steht der weiche Europaskeptizismus (europaphil, aber auch EU-pessimistisch), der als Übergang von europaphoben zu europaphilen Einstellungen zu verstehen ist und die europäische Integration sowie die EU-Mitgliedschaft nicht grundsätzlich infrage stellt. Er drückt mit zunehmender Distanz zur harten Ausprägung eine qualitativ-konstruktive Skepsis bis Kritik aus. Zu den Objekten der weichen Skepsis zählen auch spezifische institutio-

32 Vgl. unter anderem Jan Kette: Euro-Populism – Official Party Positions and Public Dialogue in the Party Systems of Germany, the United Kingdom and France, ECPR Graduate Student Conference, Tartu, 2016; Nicola Genga: XXI century Europopulism from Theory to Practice: on the cases of Front national, M5S and UKIP, XXIX SISP Annual Conference, 2015; Petr Kaniok/Vlastimil Havlik: Populism and Euroscepticism in the Czech Republic: Meeting Friends or Passing By?, in: Romanian Journal of European Affairs 2/2016, S. 20-35; Hanspeter Kriesi/Takis S. Pappas: European populism in the shadow of the great recession, Colchester 2015.

33 Der gebräuchlichere Begriff Euroskeptizismus ist terminologisch missverständlich, da es sich bei diesem Phänomen nicht allein um Einstellungen zum Euro handelt. Er wird hier deshalb durch Europaskeptizismus ersetzt.

34 Aleks Szczerbiak/Paul Taggart: Opposing Europe: Party Systems and Opposition to the Union, the Euro and Europeanisation, Sussex European Institute: SEI Working Paper 36/2000; Aleks Szczerbiak/Paul Taggart: The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States, Sussex European Institute: SEI Working Paper 51/2002; Szczerbiak/Taggart: Theorising Party-Based Euroscepticism, 2003.

35 Petr Kopecký/Cas Mudde: The Two Sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe, in: European Union Politics 3/2002, S. 297-326; Jan Rovny: Conceptualising Party-based Euroscepticism: Magnitude and Motivations, in: Collegium 29/2004, S. 31-47; Petr Kaniok: Party Based Euroscepticism: Opposing the Commission or the European Integration?, in: Contemporary European Studies 2/2009, S. 25-45.

36 Kopecký/Mudde: The Two Sides of Euroscepticism, 2002.

nell-systemische Aspekte und politisch-inhaltliche Outputs der Europäischen Union, das heißt ihre politischen Entscheidungen. Eine solche System- beziehungsweise Policy-Skepsis kann dabei vor allem zwei Ausrichtungen haben:³⁷ Revisionistisch geäußerte Skepsis wirkt mit Nähe zur harten Ausprägung hemmend bis desintegrativ auf den europäischen Integrationsprozess durch Blockaden von weiteren Integrationsschritten und Forderungen nach Rückverlagerung von Kompetenzen von der supranationalen auf die nationalstaatliche Ebene. Reformistische Forderungen streben einen Richtungswechsel des Integrationskurses oder einen Neuanfang an, um kritisierte Defizite und Konstruktionsfehler zu beheben. Diese Skepsis kann progressiv-konstruktiv wirken, auch vertiefende Integrations-schritte mit einschließen.³⁸

Populismus

Ideologisches Wesensmerkmal des idealtypischen Populismus (von lateinisch *populus*, das Volk) ist der Alleinvertretungsanspruch für ein „reine[s] und homogen[es] Volk“, ein konstruierter, empirisch nicht nachvollziehbarer demokratischer Souverän. Den allgemeinen Volkswillen gilt es gegenüber den „unmoralische[n], korrupte[n] und parasitäre[n] Eliten“ zu vertreten,³⁹ wobei auch einer charismatischen Führungsfigur eine zentrale Rolle zukommen kann. Die Einführung plebiszitärer Elemente wie Volksentscheide ist als Ausdruck des ‚einzig wahren Volkswillens‘ eine häufige Forderung, die PopulistInnen aus allen politischen Spektren und EU-weit gemein ist.⁴⁰ Während das moralisch aufgeladene ‚Volk‘ aber nicht näher bestimmt wird, berufen PopulistInnen spezifische unversöhnliche Gegensätze und Feindbilder herauf. Neben Wirtschaftsmanagern und Banken stehen vor allem politische Eliten, Akteure (Berufspolitiker, Technokraten) und Institutionen der repräsentativen Demokratie (insbesondere etablierte Parteien) und ihre Politik im Zentrum des Protests.⁴¹ Populismus ist daher eine antipluralistisch geprägte Identitätspolitik: Durch eine symbolträchtige Rhetorik – beispielsweise ‚wir unten gegen die da oben‘, ‚wir gegen die da draußen‘ oder ‚wir gegen die anderen‘ – soll ein exklusives Wir-Gefühl gestiftet und Volksnähe suggeriert⁴² werden. Zentral ist die Frage, wer zum Wir, also zum Volk, gehört und wer nicht, wer in einer Demokratie politisch partizipieren und am freien Wettbewerb um politische Macht teilhaben darf und wer nicht.⁴³ Spezifisch rechtspopulistisch ausgeprägt ist diese antipluralistische und anti-elitäre Konfliktlinie, wenn sie gegen ‚den Fremden‘ ausgerichtet ist, wie im Falle von MigrantInnen und Flüchtlingen sowie anderen

37 Vgl. hierzu Christopher G. Flood/Simon Usherwood: Positions, Dispositions, Transitions: A Model of Group Alignment on EU Integration. Paper presented at the 55th Annual Conference of the Political Studies Association, University of Leeds, 5-7 April 2005.

38 Vgl. hierzu die Typologie von Flood/Usherwood: Positions, Dispositions, Transitions, 2005.

39 Altenburger/Retzlaff: „Nur ich vertrete das ‚wahre Volk‘ – meint der Populist“, 2016; vgl. auch Cas Mudde: The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition* 4/2004, S. 542-563, hier S. 543; Lars Rensmann: Populismus und Ideologie, in: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2007, S. 59-90, hier S. 64; Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser: Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America, in: *Government and Opposition* 2/2013, S. 147-174, hier S. 151.

40 Mudde/Kaltwasser: Exclusionary vs. Inclusionary Populism, 2013, S. 163.

41 Vgl. Rensmann: *Populismus und Ideologie*, 2007, S. 64.

42 Vgl. Thomas Meyer: *Populismus und Medien*, in: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2007, S. 81-96, hier S. 81-82; Frank Decker: Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Alexander Häusler (Hrsg.): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden 2016, S. 7-23.

43 Robert A. Dahl: *Vorstufen zur Demokratie-Theorie*, Tübingen 1976, S. 59-84; Vgl. auch Mudde/Kaltwasser: Exclusionary vs. Inclusionary Populism, 2013, S. 158-160.

Kulturen, insbesondere des Islams. Gleichzeitig inszenieren sich PopulistInnen in diesem Schema häufig selbst als Opfer des und Alternative zum korrupten System aus Mainstream-Politik und kontrollierten Medien. Ihre vermeintlich einfachen Lösungsvorschläge stellen jedoch meist eine Verkürzung komplexer Phänomene dar. Auch macht Populismus als Politikstil durch eine eingängige, bildhafte und alarmierende sowie häufig unangemessene Sprache, Provokationen, Tabubrüche und Verstöße gegen die ‚political correctness‘ auf sich aufmerksam. Ein Mittel ist die Verschärfung gängiger Vorurteile, Verschwörungsmymen und Bedrohungsszenarien und als Konsequenz dessen das Schüren von Ängsten, weniger der Vorschlag konstruktiver Lösungsansätze durch schlüssige Argumentationen.⁴⁴ Ziel dieser Emotionalisierung von Politik ist die strategisch-opportunistische Mobilisierung.⁴⁵

Politisch-inhaltliche Abhängigkeit, Fragmentierung und Flexibilität

Europaskeptizismus und Populismus zeichnen sich beide durch einen minimalen politisch-inhaltlichen beziehungsweise ideologischen Kern aus; sie können langfristig nicht für sich alleine bestehen und bedürfen daher oft einer weiteren parteiideologischen oder politisch-inhaltlichen Unterfütterung.⁴⁶ Beispielhaft sind Parteien wie UKIP in Großbritannien oder AfD und Bund freier Bürger (BFB)⁴⁷ in Deutschland, die zwar zunächst als genuin europaskeptische Single-issue-Parteien⁴⁸ gegründet wurden. Eine programmatische Ausdifferenzierung hin zu rechtspopulistischen Inhalten folgte in diesen Fällen jedoch spätestens bei bevorstehenden Wahlen. Es gibt auch keine genuin populistischen Parteien;⁴⁹ selbst die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) in Italien ist tendenziell eine linke Anti-Establishment-Partei, auch wenn sie sich durch ihre Positionen gegenüber dem Euro und unkontrollierter Zuwanderung, die denen rechtspopulistischer Parteien ähneln, nicht eindeutig im klassischen Rechts-links-Spektrum verorten lässt.⁵⁰ Schließlich treten bei populistischen Parteien Inhalte eher hinter die opportunistische Motivation, generell gegen die, unter anderem auch europapolitischen, Positionen des politischen Establishments zu opponieren.

44 Vgl. auch von Beyme: Populismus und Rechtsextremismus in postmodernen Parteiensystemen, 2010, S. 180.

45 Karsten Grabow/Florian Hartleb: Mapping Present-day Right-wing Populists, in: Karsten Grabow/Florian Hartleb (Hrsg.): Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin/Brüssel 2013, S. 13-44, hier S. 20.

46 Grabow und Hartleb wenden sogar ein, dass Populismus nicht einmal als „schlanke Ideologie“ gelten könne. Vgl. Grabow/Hartleb: Mapping Present-day Right-wing Populists, 2013, S. 20. Anders hierzu Decker: Populismus, 2007 oder Mudde/Kaltwasser: Exclusionary vs. Inclusionary Populism, 2013. Die singuläre Betrachtung von Populismus entweder als Ideologie oder als Strategie greife aber zu kurz, um das Phänomen zu erfassen, gerade mit Blick auf Europapopulismus. Auch die Verortung eines europäischen Integrationskonflikts in Bezug auf bereits vorhandene Konfliktstrukturen im Parteienwettbewerb war lange unklar, ähnlich die Frage, ob eine neue „pro- versus anti-Europa“-Konfliktlinie besteht. Vgl. Niedermayer: Europäische Integration und nationaler Parteienwettbewerb, 2013.

47 Der BFB gilt heute als „rechte Vorläuferpartei“ der AfD, die sich aber mit zunehmender rechter Radikalisierung ins politische Aus bewegte. Vgl. hierzu Alexander Häusler/Rainer Roeser: Die rechten »Mut«-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der »Alternative für Deutschland«, Hamburg 2015, S. 28-32.

48 Vgl. hierzu Taggart: „The Populist Politics of Euroscepticism“, 1997, S. 11-12.

49 Genga: XXI century Europopulism, 2015, S. 3.

50 Paolo Segatti/Monica Poletti/Cristiano Vezzoni: Renzi's Honeymoon Effect: The 2014 European Election in Italy, in: South European Society and Politics 3/2015, S. 311-331, hier S. 312.

Tabelle 1: Übersicht europopulistischer Parteien in der Europäischen Union

EU-Land	Partei	rechts-/linkspopulistisch	europaskeptisch	EP-Fraktion ⁵¹	Regierungsverantwortung	Letzte Nationalwahlen	EP-Wahlen 2014
Belgien	Vlaams Belang	rechtspopulistisch, separatistisch	weich	ENF	nein	2014: 3,7 %	4,3 %
Bulgarien	GERB	mitte-rechts mit populistischen Tendenzen	weich	EVP	Wiederholt und seit 2014	2014: 32,7 %	30,4 %
	Bulgarien ohne Zensur	mitte-rechts-populistisch	weich	EVP	nein	2014: 5,7 %	10,7 % ⁵²
Dänemark	Dänische Volkspartei	rechtspopulistisch bis -extrem	weich	EKR	nein	2015: 21,1 %	26,6 %
Deutschland	Alternative für Deutschland	rechtspopulistisch	weich	ENF + EFDD	nein	2013: 4,7 %	7,1 %
	Die Linke	linkspopulistische Tendenzen	weich	GUE/NGL	nein	2013: 8,6 %	7,4 %
Estland	Estnische Konservative Volkspartei	rechtspopulistisch bis -extrem	weich	---	nein	2015: 8,1 %	4,0 %
Finnland	Die Finnen	rechtspopulistisch	weich	EKR	seit 2015	2015: 17,7 %	12,9 %
Frankreich	Front National	rechtspopulistisch	hart	ENF	nein	2012: 13,6 %	24,9 %
	Parti de Gauche	linkspopulistisch	weich	GUE/NGL	nein	2012: 6,9 %	6,3 % ⁵²
Griechenland	Unabhängige Griechen	rechtspopulistisch	weich	EKR	seit 2015	2015: 3,7 %	3,5 %
	Syriza	linkspopulistisch	weich	GUE/NGL	seit 2015	2015: 35,4 %	26,5 %
Italien	Lega Nord	rechtspopulistisch bis -extrem, separatistisch	hart	ENF	wiederholt	2013: 4,1/4,3 %	6,1 %
	Fünfstern Bewegung	populistisch	weich	EFDD	nein	2013: 25,6 %	21,1 %

EU-Land	Partei	rechts-/linkspopulistisch	europaskeptisch	EP-Fraktion ⁵¹	Regierungsverantwortung	Letzte Nationalwahlen	EP-Wahlen 2014
	Forza Italia	mitte-rechts-populistisch	weich	EVP	wiederholt	2013: 21,6% ⁵³	16,8%
Lettland	„Alles für Lettland!“	rechtspopulistisch bis -extrem	weich	EKR	seit 2010	2014: 16,6%	14,2%
	Zentrum Harmonie	linkspopulistische Tendenzen	weich	S&D + GUE/NGL	nein	2014: 24%	13,04%
Litauen	Ordnung und Gerechtigkeit	mitte-rechts-populistisch	weich	EFDD	seit 2012	2012: 7,3%	14,2%
Luxemburg	Alternativ Demokratisches Reformpartei	rechtspopulistisch	weich	---	nein	2013: 6,6%	7,5%
Niederlande	Partij voor de Vrijheid	rechtspopulistisch	hart	ENF	nein	2012: 10,1%	13,3%
	Socialistische Partij	linkspopulistisch	weich	GUE/NGL	nein	2012: 9,6%	9,6%
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs	rechtspopulistisch	weich	ENF	2000-2002	2013: 20,5%	19,7%
Polen	Recht und Gerechtigkeit	rechtspopulistisch	weich	EKR	wiederholt und seit 2015	2015: 37,6%	31,8%
	Kongress der Neuen Rechten	rechtspopulistisch	hart	ENF	nein	2015: 0,03%	7,1%
	Kukiz-Bewegung	rechtspopulistisch bis -extrem	weich	---	nein	2015: 8,8%	---
Portugal	Linker Block	linkspopulistisch	weich	GUE/NGL	nein	2015: 10,2%	4,9%
Schweden	Schwedendemokraten	rechtspopulistisch	weich	EFDD	nein	2014: 13,0%	9,7%

EU-Land	Partei	rechts-/linkspopulistisch	europaskeptisch	EP-Fraktion ⁵¹	Regierungsverantwortung	Letzte Nationalwahlen	EP-Wahlen 2014
Slowakei	Slowakische Nationalpartei	rechtspopulistisch bis -extrem	weich	---	wiederholt und seit 2016	2016: 8,6 %	3,6 %
Spanien	Podemos	linkspopulistisch	weich	GUE/NGL	nein	2016: 21,1 %	8,0 %
Tschechien	ANO 2011	populistisch	weich	ALDE	seit 2014	2013: 14,9 %	16,1 %
	Morgendämmerung der direkten Demokratie	rechtspopulistisch	weich	---	nein	2013: 6,8 %	3,1 %
	Alternative für Tschechien	rechtspopulistisch	weich	---	nein	---	---
Ungarn	Ungarischer Bürgerbund	rechtspopulistisch	weich	EVP	seit 2010	2014: 44,9 %	51,5 %
	Bewegung für ein besseres Ungarn	rechtspopulistisch bis -extrem	hart	fraktionslos	nein	2014: 20,2 %	14,7 %
Vereinigtes Königreich	UK Independence Party	rechtspopulistisch	hart	EFDD	nein	2015: 12,7 %	26,8 %

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage eigener Recherche und Grabow/Hartleb: *Mapping Present-day Right-wing Populists*, 2013; Nicolaus Heinen/Ann-Kristin Kreutzmann: *A profile of Europe's populist Parties. Structures, strengths, potential*, Deutsche Bank Research, 28.4.2015; Susi Dennison/Dina Pardjjs: *The World According to Europe's Insurgent Parties: Putin, Migration and People Power*, European Council on Foreign Relations Flash Scorecard 6/2016. Die Ergebnisse der letzten nationalen Parlamentswahlen beziehen sich, soweit vorhanden, jeweils auf Wahlen zum Unterhaus; bei mehreren Wahlen auf die Ergebnisse im ersten Wahlgang. Sie sind jeweils bei den nationalen Statistikkätern abrufbar. Die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 sind abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html> (letzter Zugriff: 31.8.2016). Parteien mit weniger als 3 Prozent Stimmenanteil bei den EP-Wahlen und Parteineuerungen seit 2014 sind nicht berücksichtigt.

51 ALDE = Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa; EFDD = Europa der Freiheit und der direkten Demokratie; EKR = Europäische Konservative und Reformier; ENF = Europa der Nationen und der Freiheit; EVP = Europäische Volkspartei; GUE/NGL = Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken; S&D = Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten. Der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz gehört keine der hier aufgeführten Parteien an.

52 Gemeinsame Liste mit anderen Parteien. Das aufgeführte Ergebnis gilt für die gesamte Wahlkoalition.

53 Angetreten als „Popolo della Libertà“, seitdem umbenannt in „Forza Italia“ und Abspaltung mehrerer Teile der Partei. Derzeit verfügt die Partei über 51 der 630 Sitze im nationalen Unterhaus.

Darauf deutet auch Tabelle 1 zu den ausgewählten europapopulistischen Parteien in den EU-Mitgliedstaaten hin, die in der Spalte „EP-Fraktion“ eine heterogene Zugehörigkeit zu den europäischen Partiefamilien beziehungsweise Fraktionszugehörigkeit im Europäischen Parlament erkennen lässt. Dabei erweist sich der Rechts-links-Konflikt, der ursprünglich als Unterscheidungskriterium für die Einstellungen von Parteien zur staatlichen Kontrolle der Wirtschaft diente und sich damit vor allem für ein heuristisches Verständnis westeuropäischer Parteiensysteme eignete, auch auf gesamteuropäischer Ebene als strukturbildend.⁵⁴ Kategorien wie ‚rechts‘, ‚mitte‘ und ‚links‘ dienen bis heute als klare Orientierungspunkte sowohl für Parteien als auch für deren Wählerschaft. So gaben sie beispielsweise Aufschluss über europapolitische Haltungen in solchen Politikbereichen, in denen der sozioökonomische Konflikt zwischen einem marktliberalen Europa und einem regulierten, europäischen Markt zum Tragen kam.⁵⁵ Die Entwicklung der europäischen Integration von einem reinen Wirtschaftsregime hin zu einer politisch vertieften Europäischen Union war zum Beispiel Ursache für den Einstellungswandel vieler Parteien im linkssozialistischen bis sozialdemokratischen Spektrum von integrationsfeindlich hin zu weich europaskeptisch bis europaphil. Dies war beispielsweise bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der britischen Labour Party in den 1990er Jahren der Fall, die in der europäischen Integration ein Mittel „for protecting social democratic goals in liberalizing world economy“ sahen.⁵⁶ Gleichzeitig war der Fortgang der Integration ausschlaggebend für die Gründung europapopulistischer Parteien wie UKIP und BFB. In diesem Zusammenhang gilt vor allem der Vertrag von Maastricht mit seinen weitreichenden Integrationsfortschritten als Katalysator der Europaskepsis in den 1990er Jahren.⁵⁷ Eine ähnliche katalysierende Wirkung kann der Eurokrise seit den 2000ern zugeschrieben werden, die zur Entstehung der AfD und linkspopulistischer Parteien wie Syriza oder Podemos in den südeuropäischen Krisenländern führte.

Eine dauerhafte Verortung europapopulistischer Parteien im Rechts-links-Spektrum ist, wie ihre heterogene Verteilung zeigt,⁵⁸ mit Blick auf die Konfliktlinie um die europäische Integration schwierig.⁵⁹ Allein bei eindeutig radikalen und extremen Parteien ist Integrationsfeindlichkeit fester ideologischer Bestandteil; sie lehnen im Gegensatz zu anti-elitären PopulistInnen das bestehende politische und gesellschaftliche System und damit auch die Europäische Union als dessen Bestandteil fundamental ab.⁶⁰ Auf der rechtsnationalistischen Seite stehen beispielsweise die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Goldene Morgenröte in Griechenland, die British National Party (BNP) und auch die Bewegung für ein besseres Ungarn Jobbik dem europäischen Integrationsprozess und der

54 Vgl. auch im Folgenden Elmar Wiesendahl: Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2013, S. 15-16; Liesbet Hooghe/Gary Marks/Carole J. Wilson: Does left/right structure party positions on European Integration?, in: *Comparative Political Studies* 8/2002, S. 965-989, hier S. 968.

55 Siehe hierzu Hooghe/Marks/Wilson: Does left/right structure party positions, 2002, S. 973.

56 Ebenda, S. 975; vgl. auch Liesbet Hooghe: What Drives Euroscepticism? Party-Public Cueing, Ideology and Strategic Opportunity, in: *European Union Politics* 1/2007, S. 5-12, hier S. 7.

57 Vgl. Liesbet Hooghe/Gary Marks: Sources of Euroscepticism, in: *Acta Politica* 2/2007, S. 119-127, hier S. 120; Ian Down/Carole J. Wilson: From 'Permissive Consensus' to 'Constraining Dissensus': A Polarizing Union?, in: *Acta Politica* 1/2008, S. 26-49.

58 Siehe Tabelle 1.

59 Grabow/Hartleb: Mapping Present-day Right-wing Populists, 2013, S. 21.

60 Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann: Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der politikwissenschaftlichen Forschung, in: Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005, S. 3-35, hier S. 10.

Mitgliedschaft in der Europäischen Union feindlich gegenüber, da die wahrgenommene ‚europäische Tyrannei‘ den Nationalstaat sowie das nationale Volk, seine Freiheit und Existenz bedrohe.⁶¹ Auf der anderen Seite des politischen Spektrums lehnen Parteien wie die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) die Europäische Union als „Wolfsallianz des Kapitals“ aufgrund ihrer linksextremen und kommunistischen Ideologie grundsätzlich ab, da sie aus den bestehenden reaktionären, kapitalistischen und imperialistischen Herrschaftsverhältnissen entstanden sei.⁶²

Es ist daher zu beobachten, dass sich harter Europaskeptizismus zwar überwiegend auf den rechten populistischen bis rechtsextremen Rand konzentriert und weniger auf den linkspopulistischen bis -radikalen. Der weiche Europaskeptizismus hingegen ist vorwiegend – aber nicht nur – unter sowohl links- als auch rechtspopulistischen Parteien zu finden. Christdemokratische und konservative Parteien wie die Christlich-Soziale Union (CSU) in Deutschland, die im Europäischen Parlament Mitglied der Fraktion Europäische Volkspartei (EVP) ist, oder die Conservative Party in Großbritannien und der Christen-Union in den Niederlanden, die Mitglieder der EU-skeptischen Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) sind, weisen dort einen deutlichen weichen Europaskeptizismus auf, wo nationalstaatliche oder regionale Interessen quer zu politischen Entscheidungen auf EU-Ebene liegen. Auf die EKR wie auch auf die Fraktionen Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) um den französischen FN und Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) um UKIP und M5S verteilen sich die meisten populistischen und europaskeptischen Parteien nahezu gleichmäßig im Europäischen Parlament. Dieser hohe Grad an Fragmentierung und die ideologische Flexibilität deuten neben dem politisch-inhaltlichen Minimalismus daher darauf hin, dass sowohl den Europaskeptizismus als auch den Populismus vor allem die strategisch-taktische Instrumentalisierung auszeichnet⁶³ und die politisch-inhaltliche Verankerung zwar vorprägt, aber in den Hintergrund drängt.

Neue Konfliktdimension: konservativ-autoritär versus progressiv-libertär

Mit Blick auf eine parteiideologische Präformierung von europapopulistischen Parteien weisen vor allem rechtspopulistische und -extreme Inhalte eine dadurch bedingte europäische Dimension auf. So eint Europaskeptizismus und Rechtspopulismus die „idea of a heartland“,⁶⁴ das heißt die Wahrung nationaler Souveränität und Identität eines Nationalstaats als besonderes Gut, das vor externen Einflüssen (zum Beispiel MigrantInnen) und

61 Vgl. Jobbik: We must grab this historic opportunity to create a Europe of nations, 2016, abrufbar unter: http://jobbik.com/we_must_grab_this_historic_opportunity_to_create_a_europe_of_nations (letzter Zugriff: 13.10.2016); NPD-Parteivorstand: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, 2002, S. 64; Popular Association Golden Dawn: Golden Dawn salutes the courageous decision of British citizens, 24.6.2016, abrufbar unter: <http://www.xryshaygh.com/en/view/golden-dawn-salutes-the-courageous-decision-of-british-citizens> (letzter Zugriff: 13.10.2016); British National Party: Rebuilding British Democracy. British National Party General Election 2005. Manifesto, 2005; British National Party: Democracy, Freedom, Culture and Identity. British National Party General Elections Manifesto 2010, 6.5.2010, S. 4.

62 Vgl. Heike Schrader: Kein »Grexit« nach »Brexit«, in: Junge Welt, 28.6.2016; Giorgos Marinos/Communist Party of Greece: The political developments in Greece, the referendum on the EU in Britain and the positions of the KKE, 4.6.2016, abrufbar unter: <http://inter.kke.gr/en/articles/The-political-developments-in-Greece-the-referendum-on-the-EU-in-Britain-and-the-positions-of-the-KKE/> (letzter Zugriff: 13.10.2016).

63 Nick Sitter: Opposing Europe: Euro-Scepticism, Opposition and Party Competition, Sussex European Institute: SEI Working Paper 56/2002, S. 23-24; Grabow/Hartleb: Mapping Present-day Right-wing Populists, 2013, S. 20.

64 Vgl. auch im Folgenden Sitter: Opposing Europe, 2002, S. 10-11; Taggart: „The Populist Politics of Euroscepticism“, 1997, S. 15-19.

sogenannten Modernisierungsbedrohungen (Globalisierung und Europäische Union) beschützt werden muss.⁶⁵ Insbesondere der supranationale Charakter der europäischen Integration rüttelt an diesen Werten, sodass sie entweder grundsätzlich oder spezifisch mit Blick auf Strukturen, Prozesse oder Politiken der Europäischen Union, die nicht im Einklang mit den nationalen Interessen stehen,⁶⁶ von rechtspopulistischen, aber im letzteren Fall auch von weich europaskeptischen konservativen Parteien abgelehnt werden. Ihre revisionistischen Forderungen nach Renationalisierungen bis hin zum EU-Austritt sind häufig an zentrale metaphorische Charakterisierungen der Europäischen Union als Bedrohung und an Vergleiche mit einem europäischen Super-Staat, einer Kolonialmacht oder der Sowjetunion sowie an Feindbilder wie das der Europäischen Kommission, der Technokraten und der Bürokratie in Brüssel als nicht gewählte Institutionen geknüpft.⁶⁷ Der Zielbestimmung einer „immer engeren Union“⁶⁸ wie auch der Idee eines europäischen Bundesstaates stehen nicht alleine die britischen Europaskeptiker, sondern auch die meisten rechtspopulistischen Parteien zumindest in der gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Union feindlich gegenüber. Ein Europa der souveränen und freien Nationen ohne supranationalen Charakter und vor allem ohne eine europäische Verfassung wird von ihnen präferiert.⁶⁹

Dabei stehen die Konfliktlinie um die europäische Integration und Europapopulismus in einem besonderen Verhältnis zur Entstehung einer neuen Konfliktdimension zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Wertorientierungen.⁷⁰ Themen wie Lebensstil, Umwelt, kulturelle Vielfalt, Nationalismus und Identität, europäische Integration sowie Migration und Asyl⁷¹ polarisieren entlang dieser Spannungslinie und begünstigten seit den 1970er Jahren das Entstehen neuer grün-ökologischer und in den 1980er Jahren von rechtspopulistischen Parteien.⁷² In den 1990er Jahren bis um die Jahrhundertwende kam es vor allem in politischen Systemen des konsensdemokratischen Typs, aber auch in

65 Richard Stöss: Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 563-618.

66 Szczerbiak/Taggart: *Opposing Europe*, 2000, S. 6; Grabow/Hartleb: *Mapping Present-day Right-wing Populists*, 2013, S. 21.

67 Siehe hierzu die Aussagen in Wahlprogrammen und anderen Positionspapieren folgender rechtspopulistischer Parteien sowie die Berichterstattung in verschiedenen Zeitungen: Front National: *Une Europe au service des peuples libres*, abrufbar unter: <http://www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen/politique-etrangere/europe/> (letzter Zugriff: 13.10.2016); Helena Smith: *Who are the Independent Greeks?*, in: *The Guardian*, 26.1.2015; *The New Observer*: *“It’s Invasion”*: Italy’s Lega Nord, 30.10.2015; *DiePresse.com*: Lega Nord: *“Migrationswelle ist organisierte Invasion”*, 21.9.2015; Thomas Vieregge: *Dominoeffekt in der EU: „Jetzt sind wir dran“*, in: *DiePresse.com*, 24.6.2016; Heleen van Lier: *Wilders gaat door op minder-thema op verkiezingsposter: Minder EU*, in: *de Volkskrant*, 6.4.2014.

68 Art. 1 Vertrag über die Europäische Union.

69 Siehe unter anderem Perussuomalaiset: *The EU Parliament Election Program 2014*; Front National: *Une Europe au service des peuples libres*, 2016; Alternative für Deutschland: *Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014*; Johanna Herzing/Florian Kellermann: *Lieber drinnen als außen vor*, in: *Deutschlandfunk.de*, 23.6.2016.

70 Oskar Niedermayer: *Europäische Integration und nationaler Parteienwettbewerb: theoretische Überlegungen und empirische Befunde am Beispiel der Eurokrise*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 3/2013, S. 413-434, hier S. 417; Hooghe: *What drives Euroscepticism?*, 2007, S. 6; Hooghe/Marks/Wilson: *Does left/right structure party positions*, 2002, S. 976-984; Szczerbiak/Taggart: *Theorising party-based Euroscepticism*, 2003, S. 17.

71 In ihrer Studie untersuchten Hooghe/Marks/Wilson einen Konflikt zwischen „neuer“ und „alter“ Politik und unterschieden die Pole grün/alternativ/libertär-antiautoritär (GAL) und traditionell/autoritär/nationalistisch (TAN), vgl. Hooghe/Marks/Wilson: *Does left/right structure party positions*, 2002, S. 976.

72 Von Beyme: *Populismus und Rechtsextremismus*, 2010, S. 179; Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas: *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006, S. 14-15.

Mittel- und Osteuropa nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Regimes zu einer weiteren Welle rechtspopulistischer Parteineugründungen. Diese stellten „durch ihre programmatischen Herausforderungen“ und durch ihr „elektorale[s] Potential die wahrscheinlich dynamischste und disruptivste politische Erscheinung“ dar.⁷³ Die rechtspopulistischen Parteien um beispielsweise Marine Le Pen (FN) in Frankreich oder Heinz-Christian Strache (FPÖ) versuchten, sich durch seriöseres Auftreten und stärkere Abgrenzung von neofaschistischen Parteien für eine breitere Wählerschaft vor allem im bürgerlichen Milieu attraktiver zu machen.⁷⁴ Themen beziehungsweise gesellschaftliche Stimmungen wie Anti-Elitismus sowie Migrations- und Islamfeindlichkeit machte sich die neue Rechte genauso erfolgreich zu eigen wie den entweder hart oder weich ausgeprägten Europaskeptizismus.⁷⁵

Demgegenüber konnte sich die europäische Konfliktdimension auch auf der grün-ökologischen, libertären Seite der Konfliktachse verorten. Je näher Parteien zum Pol, also zu fundamentalistisch ökologischen oder linkssozialistischen Wertorientierungen, tendieren und auch die sozioökonomische Konfliktdimension der europäischen Integration an Bedeutung gewinnt,⁷⁶ desto mehr nimmt die Opposition zu und wird zur spezifischen EU-Skepsis bis hin zum harten Europaskeptizismus. Auch linker Populismus fügt sich in diese Spannungslinie und konstruiert dabei nach Chantal Mouffe einen eindeutigen Gegner, nämlich „die politischen und ökonomischen Kräfte des Neoliberalismus“⁷⁷ in Form des bestehenden politischen und kapitalistischen Herrschaftssystems und der Europäischen Union als Ergebnis eines von solchen Interessen dominierten Integrationsprozesses. Generell ist linker Populismus in Europa bei Weitem weniger vertreten als rechter. An Auftrieb und Prominenz erfuhr er zuletzt in Form der Parteien Syriza um ihren als besonders charismatisch und jugendlich wahrgenommenen Parteichef Alexis Tsipras in Griechenland und Podemos bestehend aus einer dynamischen Gruppe junger Intellektueller in Spanien zu Beginn der Eurokrise. Sie hinterfragten die Europäische Union vor allem aufgrund ihrer neoliberalen Ausrichtung und des ‚von oben oktroyierten‘, erpresserischen Austeritätsdiktats der ‚EU-Technokraten‘. Spezifische Feindrollen nimmt dabei die sogenannte Troika⁷⁸ (mittlerweile mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus eine Quadriga) aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds ein, die sinnbildlich für die wahrgenommene Fremdbestimmung durch die Europäische Union stehe und sich jeglicher demokratischer Kontrolle entzöge. Die europäische Integration wird zwar nicht fundamental abgelehnt, aber dafür ihre gegenwärtige als zu neoliberal, unsozial und kapitalistisch empfundene Ausrichtung gleichwohl. Linke EuropapopulistInnen fordern, meist in Verbindung mit der Ablösung des geltenden Primär-

73 Hans-Georg Betz: *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, Basingstoke 1994, S. 1-4; Grabow/Hartleb: *Mapping Present-day Right-wing Populists*, 2013, S. 15-16.

74 Siehe hierzu von Beyme: *Populismus und Rechtsextremismus*, 2010, S. 179; Niedermayer/Stöss/Haas: *Die Parteiensysteme Westeuropas*, 2006, S. 14-15; Betz: *Radical Right-Wing Populism*, 1994, S. 1-4; Florian Hartleb: *Rechter Populismus in der EU: keine einheitliche Bewegung trotz wachsender Euroskepsis*, in: *integration* 4/2011, S. 337-348; Beispielhaft ist hierfür der durch Marine Le Pen bis 2015 aktiv forcierte Parteausschluss ihres Vaters und Begründers des FN, Jean-Marie Le Pen, der durch antisemitische und neonazistische Aussagen das rechtsextreme Image der Partei pflegte. Vgl. Spiegel Online: *Jean-Marie Le Pen aus Front National ausgeschlossen*, 20.8.2015.

75 Grabow/Hartleb: *Mapping Present-day Right-wing Populists*, 2013, S. 17-23.

76 Hooghe/Marks/Wilson: *Does left/right structure party positions*, 2002, S. 983; Sitter: *Opposing Europe*, 2002, S. 22.

77 Vgl. auch im Folgenden Chantal Mouffe: *Für einen linken Populismus*, in: *IPG-Journal.de*, 30.3.2015.

78 Auf Wunsch Griechenlands in „die Institutionen“ umbenannt.

rechts beispielsweise durch eine nach ihren Wertorientierungen gestaltete europäische Verfassung, eine Reform hin zu einer sozialeren, transparenteren, solidarischeren und demokratischeren Europäischen Union.⁷⁹ Der reformistische Anspruch des linken Europapopulismus unterscheidet ihn vom revisionistischen des rechten. Tabelle 1 zeigt, dass er sogar konstruktive progressive Europaskepsis beinhalten kann. Doch sind die ‚moralische Aufrüstung‘ des Volkes im Widerstand gegen die Wirtschaft und Eliten als Feindbilder auch im EU-Kontext und der Opportunismus ebenfalls entlarvend für den populistischen Gehalt manch ihrer Aussagen. Dies zeigt insbesondere die Migrationskrise, in deren Kontext beispielsweise Sahra Wagenknecht mit AfD-ähnlichen Äußerungen auffiel. Die Grenzen zwischen linken und rechten populistischen Parteien und ihren Argumentationen verschwimmen gerade hinsichtlich des europäischen Integrationskonflikts, kämpfen doch beide gegen Modernisierungserscheinungen wie Globalisierung oder Amerikanisierung, eine Bereicherungspolitik durch das Establishment und „Großaggregate wie etwa die EU“⁸⁰ an. Diese Ambivalenz des Europapopulismus deutet wiederum auf dessen strategisch-taktische Instrumentalisierung hin.

Anti-Elitismus und wahlstrategische Instrumentalisierung

Der Kerngegensatz populistischer Identitätspolitik ‚Volk versus Elite‘ ist erfolgreich auf die europäische Ebene übertragen worden. Erstens stellen die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union einen Angriffspunkt dar, da sie eben von jenem innerstaatlichen politischen und wirtschaftlichen Mainstream geprägt wurde und weiterhin geprägt ist, welchen der anti-elitäre Populismus ablehnt. Das sind mit Blick auf den sogenannten politischen Mainstream beziehungsweise das sogenannte Establishment im jeweiligen länderspezifischen Kontext vor allem die christdemokratischen und konservativen, liberalen sowie sozialdemokratischen Parteien, die in den Parlamenten der Mitgliedstaaten etabliert sind.⁸¹ Zweitens teilt dieses sogenannte Kartell aus Mainstreamparteien gerade bezüglich der europäischen Integration und der Europäischen Union einen europaphilen bis weich europaskeptischen Grundkonsens. Deren Neigung zur politisch-inhaltlichen Annäherung und Konsenspolitik im politischen Wettbewerb,⁸² die auf EU-Ebene und in vielen Mitgliedstaaten häufig alternativlos dargestellt oder wie im Falle des Eurokrisenmanagements so wahrgenommen wird, bietet für Populismus ebenfalls eine große Angriffsfläche. Der harte Europaskeptizismus stellt hingegen kaum ein wahlstrategisches Mittel zur Abgrenzung unter parlamentarischen Mainstreamparteien dar. Das realpolitische Dilemma von Regierungsparteien, parallel in der europäischen und nationalstaatlichen Arena als politische Agenten in jeweiliger Sache auftreten zu müssen, wirkt daher mehr oder weniger

79 Siehe beispielhaft: Susanna Vogt/Iakovos Dimitriou: Griechenland und der Brexit, Konrad-Adenauer-Stiftung: KAS Länderbericht, 4.7.2016; Podemos: Unidos Podemos. Programa, abrufbar unter: <https://lasonrisad.eunpais.es/programa/> (letzter Zugriff: 13.10.2016); Sputniknews.com: Líder de Podemos pide un cambio de rumbo en Europa tras la victoria del Brexit, 24.6.2016; Parti de Gauche: Le rejet de l'UE, 24.6.2016, abrufbar unter: <https://www.lepartidegauche.fr/communique/le-rejet-l-ue-34922> (letzter Zugriff: 13.10.2016); Aitor Riveiro: Pablo Iglesias reitera el compromiso de Unidos Podemos con la UE pero pide "cambiar Europa", in: El Diario, 24.6.2016.

80 So Katrin Priester in: Jürgen Lessat: Linkspopulismus, 26.4.2016, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/224606/linkspopulismus> (letzter Zugriff: 14.9.2016).

81 Hooghe/Marks/Wilson: Does left/right structure party positions, 2002, S. 969; Sitter: Opposing Europe, 2002, S. 15.

82 Peter Mair: The limited impact of Europe on national party systems, in: West European Politics 4/2000, S. 27-51, hier S. 37; Uwe Jun: Typen und Funktionen von Parteien, in: Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, 2013, S. 119-144, hier S. 135.

konditionierend auf die Intensität des Europaskeptizismus.⁸³ Nur der parlamentarische Dualismus zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien schafft auch strategische Anreize für tendenziell weichen Europaskeptizismus, je nachdem wie ausgeprägt das jeweilige länderspezifische Wahlsystem entweder zentripetal oder zentrifugal auf den politischen Streit wirkt. Weicher Europaskeptizismus ist dadurch auch unter parlamentarischen Mainstreamparteien wie der Conservative Party oder der deutschen Linken zu finden. Populistische Parteien sind dagegen überwiegend an den Rändern der jeweiligen Parteiensysteme angesiedelt; weniger in den west- als in den süd- sowie in den mittel- und osteuropäischen Staaten finden sie sich in Regierungsverantwortung.⁸⁴ Dennoch können eine Regierungsbeteiligung und die politische Realität, die tatsächlich bei Weitem komplexer ist, als von PopulistInnen suggeriert, auf populistische Parteien einen entmystifizierenden Effekt haben. Dies lässt sich in den Fällen von Syriza, Die Finnen oder der FPÖ gut erkennen. Die jeweilige Bevölkerungsunterstützung für diese Parteien als Ventil des Protests ernüchterte nach deren Regierungsübernahme, wurden sie dadurch doch Teil des Establishments und mussten selbst Zugeständnisse machen, sei es gegenüber den Koalitionspartnern oder den europäischen Geldgebern.⁸⁵ Die Strategie, eine Opposition in der Regierung zu sein, wie sie die Lega Nord (LN) in den Kabinetten Silvio Berlusconi 1994 und 2011 verfolgte, trieb die jeweilige Koalition mit der Forza Italia (FI) in die Regierungsunfähigkeit oder zum Scheitern.⁸⁶ Nur in Ungarn und in Polen schafften es die rechtspopulistischen Parteien Fidesz und PiS, sich selbst „als Außenseiter in einem diskreditierten politischen System“ gegenüber politischen, meist kommunistischen Gegnern darzustellen.⁸⁷ Sie kanalisiert dabei die generelle Unzufriedenheit mit der Demokratie im Europaskeptizismus, der infolge einer Art gesellschaftlicher Entzauberung der Europäischen Union, als die Erwartungen von sozioökonomischen Verbesserungen durch den EU-Beitritt in diesen Ländern scheinbar nicht erfüllt werden konnten, tendenziell zugenommen hat.

Die Opposition gegen den politischen Mainstream und dessen Europapolitik verlagerte sich in den 1990er Jahren zunächst auf außerparlamentarische Protestparteien, die drittens durch den elektoralen Parteienwettbewerb, wahltechnische Elemente wie Sperrklauseln und ihre Randlage im Parteiensystem stärker auf die wahlstrategische Mobilisierung von populistischen und europaskeptischen Ressentiments in den europäischen Bevölkerungen angewiesen sind als Mainstreamparteien der Mitte mit einer – trotz abnehmender Tendenzen – traditionell breiteren Wählerbasis. Europaskeptizismus stellte bis in die 2000er und zu Beginn der Eurokrise ein vom politischen Mainstream zunächst stark vernachlässigtes wahlstrategisches Mobilisierungsinstrument dar,⁸⁸ ein Vakuum, das populistische Parteien angesichts der abnehmenden Zustimmungswerte zur Europäischen Union in den europäischen Bevölkerungen erfolgreich zu nutzen wussten; ihr Wählerpotenzial hat vor allem im rechten Spektrum und infolge der auf den Populismus und Europaskeptizismus auch

83 Sitter: *Opposing Europe*, 2002, S. 23; Hooghe/Marks/Wilson: *Does left/right structure party positions*, 2002, S. 970; Szczerbiak/Taggart: *Theorising party-based Euroscepticism*, 2003, S. 4.

84 Siehe Tabelle 1.

85 Anna-Sofia Berner: *Finnlands Rechtspopulisten verprellen ihre Wähler*, in: *Welt.de*, 19.4.2016; *Handelsblatt*: *Tsipras-Partei verliert deutlich an Zustimmung*, 2.4.2016; Claus Hecking/Jan Michael Marchart: *Dagegen sein ist alles*, in: *Zeit Online*, 19.5.2016.

86 *Finanznachrichten.de*: *ROUNDUP: Berlusconi Koalition in Gefahr – Ringen um Rentenreform*, 25.10.2011.

87 Siehe auch im Folgenden Mihai Varga/Annette Freyberg-Inan: *Demokratie okay, aber für alle? Demokratie-unzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa*, in: *Berliner Debatte Initial 4/2009*, S. 104-119, hier S. 111.

88 Sitter: *Opposing Europe*, 2002, S. 22.

katalysierend wirkenden Migrationskrise zugenommen. Gerade Europas Multikrisen bieten eine breite Palette an Themen, die sich für die europapopulistische Instrumentalisierung eignen. Dass das Erscheinen von populistischen Parteien als ‚Wellen‘ beschrieben wird, die gerade zu solchen Krisenzeiten, systemischen Umwälzungen und Wandel etc. auftreten, lässt auch auf eine gewisse Kontextabhängigkeit beider Phänomene schließen und unterstreicht abermals ihre strategische Anpassungsfähigkeit.

Europapopulismus – ein virulentes Symptom des europäischen Krisenkontexts

Gibt es in der Europäischen Union einen genuinen Europapopulismus oder sogar eine europapopulistische Parteienfamilie? Es hat sich gezeigt, dass beide Phänomene, Euro-paskeptizismus und Populismus, sowohl parteiideologisch-inhaltliche als auch wahlstrategisch motivierte Parallelen aufweisen. Dabei zeichnen sich beide vor allem durch ihre Strategiedimension aus, denn europapopulistische Parteien sind in ihren Inhalten und ihrer ereignis- beziehungsweise krisenorientierten Themenauswahl sehr flexibel. Hierbei werden sogar die Grenzen zwischen linken und rechten Parteiideologien überschritten, um ein breiteres Wählerpotenzial zu erreichen. Auch die zwar abnehmende, aber tendenzielle Randlage in Parteiensystemen und die elektorale Schwäche vor allem hart ausgeprägt europapopulistischer Parteien, ihre Anti-Mainstream-Politik sowie das in ihre links- oder rechtsideologischen Narrative übersetzte Demokratiedefizit im politischen System der Europäischen Union und in dem der Mitgliedstaaten, in denen das ‚wahre Volk‘ von der ‚korrupten Elite‘ nicht repräsentiert werde, deuten auf eine enge Verbindung beider Phänomene hin. Dass die europäische Integration einen großen exogenen Einfluss auf die mitgliedstaatlichen politischen Systeme nimmt und damit zu einer Schwächung der nationalstaatlichen Souveränität sowie der Parteiensysteme beiträgt, ist nicht von der Hand zu weisen.⁸⁹ Die europäische Dimension hat insbesondere im Krisenkontext, der gerade im Verlauf der Eurokrise (Stichwort Bankenunion) zu einer vor allem wirtschaftspolitischen Vertiefung führte, und im Zuge der zunehmenden Politisierung an Relevanz und Salienz im Populismus gewonnen. Doch machen sich die Konstruktion der Europäischen Union und insbesondere die Rolle des Europäischen Parlaments im institutionellen Machtgefüge und das gegenwärtige Krisenmanagement der europäischen Institutionen und mitgliedstaatlichen Regierungen auch angreifbar. Hierzu präsentieren sich die europapopulistischen Parteien scheinbar erfolgreich, gemessen an ihrer wachsenden Wählerschaft, als Alternative zum Status quo.⁹⁰

Schließlich gilt Populismus auch als Krisensymptom insbesondere einer tiefgreifenden Vertrauenskrise in repräsentativen Demokratien und gegenüber ihren Institutionen wie Parteien, an die als „eine positive Kraft der Veränderung“ nicht mehr geglaubt wird.⁹¹ Populismus tritt in diesem Krisenkontext vor allem als Form politischer Mobilisierung auf. Er ist eine Reaktion auf Modernisierungs- und Transformationsprozesse sowie die hohe transnationale Interdependenz, deren Auswirkungen sich Nationalstaaten nicht mehr entziehen können. Gerade die Banken- und Finanzkrise wie auch die Migrationskrise werden

89 Genga: XXI century Europopulism, 2015, S. 4; Hooghe/Marks/Wilson: Does left/right structure party positions, 2002, S. 977.

90 Cécile Leconte: From pathology to mainstream phenomenon: Reviewing the Euroscepticism debate in research and theory, in: International Political Science Review 3/2015, S. 250-263, hier S. 256-257.

91 Friso Wielenga/Florian Hartleb: Einleitung, in: Friso Wielenga/Florian Hartleb: Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster/New York/München/Berlin 2011, S. 8.

als Folgen der globalen Interdependenz wahrgenommen. Der Reflex insbesondere des Rechtspopulismus ist gegenwärtig der Rückzug ins ‚heartland‘ und nicht die Suche nach europäischen Lösungen. Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Europäischen Union nimmt in den europäischen Bevölkerungen weiter ab, wie Umfragen zur Zufriedenheit mit der Euro- und Flüchtlingspolitik deutlich machen.⁹² Europas Multikrisen beziehungsweise das Krisenmanagement der politischen Eliten auf EU- und mitgliedstaatlicher Ebene haben wesentlich zur Verunsicherung beigetragen.

Jedoch dürfen die in dieser Analyse aufgezeigten Ausführungen zu europapopulistischen Parteien nicht zu Verallgemeinerungen führen. Auch andere Faktoren, die hier nicht berücksichtigt werden konnten, spielen eine maßgebliche Rolle bei der Bestimmung einer europapopulistischen Parteienfamilie. Zu denken ist hier unter anderem an länderspezifische historisch-kulturelle und geopolitische Kontextfaktoren oder auch an Strukturen und Mechanismen des Parteiensystems und -wettbewerbs. Auch wenn Europaskeptizismus und Populismus miteinander verzahnt sind, bestehen sie ebenso als singuläre, wenn auch nicht idealtypische Erscheinungen, die sich flexibel aneinander, aber auch an andere, nicht nur extreme, Parteiideologien anpassen können. Dies zeigen zum Beispiel der weiche Europaskeptizismus etablierter Parteien oder deren Übernahme eines populistischen Argumentations- und Politikstils. Auch ihr (wahl-)strategisches Potenzial macht noch keine ausschließliche Korrelation zwischen beiden Phänomenen aus. Von einer etablierten genuinen europapopulistischen Parteienfamilie kann wegen der hohen Fragmentierung und Volatilität im Europäischen Parlament und im Links-rechts-Schema zwar auch keine Rede sein, jedoch sammelt sich, wie in Tabelle 1 zu erkennen ist, darunter eine Reihe von Parteien, die sich in ihren Diskursen und Narrativen zunehmend annähern und miteinander über nationale Grenzen hinweg stärker vernetzen.

Dabei haben sie sich zügig und vor allem erfolgreich an die multiplen Krisenkontexte in der Europäischen Union angepasst. Hinsichtlich ihrer Erfolge in europäischen, mitgliedstaatlichen und regionalen Wahlen liebäugeln auch gerade im Rahmen der Migrationskrise immer mehr etablierte Parteien in der Europäischen Union mit populistischen Parolen, anstatt Vorurteile und falsche Behauptungen der PopulistInnen zu korrigieren und die Komplexität politischer Prozesse auf europäischer Ebene zu verdeutlichen. Die Strategien im Umgang mit europapopulistischen Parteien beziehungsweise Argumentationen in den Mitgliedstaaten sind vielfältig. Sie reichen von der Banalisierung, Tabuisierung oder dem Ausschluss aus dem politischen Betrieb und Diskurs bis hin zu deren Einbindung oder eben Nachahmung. Die weiterhin abnehmenden Zustimmungswerte und Wahlergebnisse etablierter Parteien sowie die generell stagnierenden Parteibindungen von WählerInnen sollten jedoch pessimistisch stimmen, was den Erfolg solcher Strategien in der Politik betrifft. Populismusforschung und Zivilgesellschaft raten seit Langem zu einer rationalen politischen Auseinandersetzung mit PopulistInnen, in der Fakten Vorurteilen, Verkürzungen und Falschbehauptungen entgegengesetzt werden. Dass aber allein Fakten und eine Versachlichung europapopulistischer Diskurse nicht ausreichen, um den Ängsten sowie der Unzufriedenheit und dem Misstrauen gegenüber der Politik auf mitgliedstaatlicher Ebene zu begegnen, verdeutlichte nicht zuletzt der britische Referendumswahlkampf. Doch der in den Medien und von PolitikerInnen auf mitgliedstaatlicher und EU-Ebene schon beina-

92 Stokes: *Euroscepticism Beyond Brexit*, 2016.

he inflationär gebrauchte Satz, man müsse die Sorgen der BürgerInnen ernst nehmen, läuft ins Leere, schaffen es die politischen Akteure auf EU- und mitgliedstaatlicher Ebene nicht, positive Anreize zu setzen und das Vertrauen in die Demokratie, ihre repräsentativen Institutionen und die Europäische Union zu stärken.